

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Wahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Karl Rankau, Magdeburg.
Verlag von W. Sarbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando halbjährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. für die Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,50 Mk. inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Beitragliste Nr. 7095.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 238.

Magdeburg, Freitag, den 11. Oktober 1895.

6. Jahrgang.

Der Parteitag der Sozialdemokratie.

IV.

Die Debatte über die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm werden leidenschaftlos, in äußerst objektiver und der Würde der Partei entsprechender Weise geführt. Nur Bebel wendet sich in scharfer zum Teil recht persönlicher Weise gegen Schippel. Nach Bebel sprach Kautsky. Die Diskussion in der Presse und den Versammlungen lange vor dem Parteitag hat äußerst klärend gewirkt. Das Resultat dieser Auseinandersetzung ist die Kapitulation der Agrarkommission. Wenn auch dem Willen der Magdeburger zuwider, die Kommission sich nicht zur Zurücknahme ihrer Anträge hat entschließen können, so hat sie sich aber genötigt gesehen, alle den sogenannten Bauernschutz betreffenden Anträge aus dem Rahmen des Programms zu entfernen und den Genossen für die Agitation und für die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften zu empfehlen. In ihrer Sitzung am 5. Oktober hat die Agrarkommission den zweiten Teil des bisherigen Programms etwas erweitert und die eigentlichen Forderungen zur Bandagitation gesondert formuliert. Nach den neuen Vorschlägen der Agrarkommission würde der zweite Teil unseres Programms wie folgt lauten (die Erweiterungen sind durch lateinische Lettern hervorgehoben):

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit gleicher Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlrecht, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperiode. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Bewerfungswesens. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entschädigung über Krieg und Frieden durch die Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erlösung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen und Fortbildungsschulen. Einrichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Wanderkurse, Musterwirtschaften und Versuchstationen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Bekleidung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtspflege durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Straf- sachen. Entschädigung ungeschädigter Angelegter, Verhafteter und Beurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Einheitsmäßige Besteuerung Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bekämpfung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechend Beseitigung aller Realsteuern (Gewerbe-, Haus- und Grundsteuern). Selbstverschuldungspflicht Erblasser, Hausbesitzer, Kaufleute, steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderzahl opfern.
Zum Schluß der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:
 1. Eine wirksamste nationale und internationale Arbeiterschutzesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Exzessarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine unterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Minuten in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Nachtarbeitens.Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf Landwirtschaft, Handel und Verkehr.
 2. Ueberwachung aller Betriebe, Erforschung, Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitsräte mit Gewerke, Landwirtschaft, Handel und Verkehr.
 3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Seinerordnung.
 4. Obligatorische Gewerbegerichte zur Schlichtung aller aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis hervorgehenden Streitigkeiten.
 5. Sicherstellung des Reallohnensatzes.
 6. Uebernahme und Vereinheitlichung der Gesamt-Arbeiterversicherung durch das Reich mit wesgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Ver-

sicherung auf alle im Arbeits- und Dienstverhältnis stehenden Personen.

Weiter empfahl die Kommission im Interesse der Landwirtschaft und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Tätigkeit in den öffentlichen Körperschaften:

1. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Verteilungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommiss, Steuerprivilegien etc.) Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art von Erbschaftsbeschränkungen.
 2. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundbesitzes (Staat- und Gemeindebesitzes jeder Art) insbesondere Ueberführung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volkswehr. Einführung eines Verkaufswesens der Gemeinden der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.
 3. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeanwesenheiten auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo Beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstwirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.
 4. Staatskredit an Gemeinden oder obligatorische Verbände zum Zwecke der Bodenverbesserung, der Feldbereinigung, des Baues und der Unterhaltung von Dämmen und Dämmen. Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege und Wasserläufe) auf den Staat oder das Reich.
 5. Restituierung der Hypotheken- und Grundschulden mit Festsetzung des Zinsfußes nach Höhe der Selbstkosten.
 6. Restituierung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Versicherung gegen Feuer, gegen Hagel, Wasser- und sonstige Schäden in Folge von Naturereignissen, Viehverlustrung usw.) und Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebszweige.
 7. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.
 8. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung von Wild- und Jagdschäden, gegebenenfalls volle Entschädigung.
- Die übrigen von der Kommission vorgeschlagenen Anträge, sowie die Resolution Kautsky und Genossen sind in letzter Nummer bekannt gegeben worden. Mit der Erörterung dieser Anträge ist verknüpft die Erörterung aller in Bezug auf das Agrarprogramm eingelaufenen Anträge, die teils auf Ablehnung des Entwurfs und Auflösung der Agrarkommission abzielen, teils die Agrarkommission als Studienkommission beibehalten wollen, welche die ländlichen Verhältnisse sorgsam zu prüfen und die Genossen in angemessenen Zwischenräumen über ihre Tätigkeit auf dem Laufenden zu halten und das Ergebnis ihrer Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unterbreiten hat. Nach weiteren Anträgen soll das gesammelte Material gesichtet und in Form von Broschüren herausgegeben werden. Ueber das Haupt- und Korreferat, sowie über die Diskussion geht uns folgender Bericht zu:

(Eigener Bericht der Volksstimme)

(Ausschließlicher Bericht der Nachmittags-Sitzung)

C. B. Breslau, den 8. Oktober 1895, (nachmittags).

Den Vorsitz führt Singer: nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen, (über die ich gestern schon berichtet habe) erhält zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Vorschläge der Agrarkommission zum Programm“ das Wort Genosse Dr. L. u. a. d. Nachdem Richter die äußerlichen Vorgänge in der Kommission behandelt hatte, geht er materiell auf die Diskussion und den Programmverwurf ein. Die Hauptfrage ist gewesen, Revolution oder Reform. Sollen wir der Landbevölkerung gegenüber unsere Parteigründungsgründe aufgeben und nur noch reformieren. Uebrigens ganze Kulturentwicklung drängt darauf hin, das Privateigentum aufzugeben und ein freies Volk in den Besitz aller Produktionsmittel zu setzen. Es ist natürlich unsere Aufgabe, dieses unter Ideal so schnell als möglich zu erreichen. Wenn man soll das eine thun und das andere nicht vergessen, also revolutionieren und reformieren. Wir wollen einmal die Geister revolutionieren und gleichzeitig die Verhältnisse verbessern, selbstverständlich nur diejenigen Dinge verbessern, die auf dem Wege zu unserem großen Ziele liegen. Es ist ebenso selbstverständlich, daß wir unser revolutionäres Programm nicht aufgeben, um die Landarbeiter zu gewinnen, wir wollen nicht gleich den Junkern die Landarbeit gewinnen, um einige tausend Stimmen bei den Wahlen mehr zu haben, sondern wir wollen aus ihnen überzeugte Sozialdemokraten machen. Wir haben ja die flüchtigen Arbeiter auch nicht leicht gewonnen, es giebt für uns sogar heute noch in den Städten viel zu thun. Wir müssen uns sehr wenig zurauen, wenn wir nicht davon gingen, auch die Landarbeiter zu revolutionieren. Auch die Fürsorge für die Landbevölkerung kann ihre eminent revolutionäre Seite haben, wenn wir uns nämlich behufs Aufstellung sozialer Forderungen mit der Landwirtschaft beschäftigen. Es ist vielfach gefragt worden, an was wir uns mit unseren Vorschlägen eigentlich wenden wollen und das Wort von dem überhaupt nicht zu gewinnenden Kleinbauern ist oft gehört worden. Der Kleinbauer ist aber schon weitlich proletarianisiert und wohl für unsere Lehren empfänglich und dieser Kleinbauer nicht etwa eine süddeutsche Novität, nein, auch im übrigen Deutschland ist er zahlreich vertreten und namentlich dem Großgrundbesitzer überlegen. Am wenigsten Erfolge haben wir gerade bei der schon völlig proletarianisierten Landbevölkerung zu verzeichnen, aber gerade dieser finanzierte Bauern in Süddeutschland gehören schon heute zu uns. Auf dem Lande sind gar viele Schmerzen zu lindern. Die ganzen Rechtsverhältnisse auf dem Lande sind für die D. H. für die Großbauern zugeschnitten, die Landarbeiter zeigen unter seiner Unterordnung und polizeulichen Aufsichtungsrechten, die nur dem ausbeuterischen Unternehmertum dienen. Die Sozialdemokratie hat sich der Bedrücken auch auf dem Lande anzunehmen, sie wird dabei nicht so utopisch sein, den Fortschritt des Großbetriebes künstlich aufhalten zu wollen. Engels antwortet auf die Frage nach unserer heutigen Stellung zum Bauern, wir müssen ihn bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise alle möglichen Erleichterungen zu verschaffen suchen. Das für solche Zwecke auszuweisen Geld könnte nur der kapitalistischen Ökonomie als weggenommen erscheinen, es ist in Wahrheit sehr gut angelegt. Also Engels steht auf Seite der Bedrücken, die uns bei anderem Entwurf des Agrarprogramms gelehrt haben. Es kann darüber gar keinen Streit geben, daß der Landproletariat von uns

ebenso intensiv geschäftet werden muß, wie der Industrieproletariat. Die Arbeit ist schwierig, aber deshalb nicht weniger Lohn versprechend. Ueber die Forderungen lassen wir natürlich mit uns reden. (Auf: Sehr gut!) Aber eine Rücksicht muß vorhanden sein, denn gerade das Fehlen einer Rücksicht in anderen Fragen befördert nicht die Prinzipien-treue, sondern die Siegemüdigkeit. Möge die Sozialdemokratie neue Kraft erhalten, wenn sie sich in die Agrarfrage vertieft, revolutionär nach jeder Richtung hin. (Beifall)

Das Wort erhält Schippel als Korreferent. Der Entwurf ist in seiner Hauptfrage eine Uebernahme des schlechten agrarischen antisemitischen Agrarprogramms. Die Gegner haben dieses Programm nicht zu führen. Genosse Daxer hat gesagt, man solle zu eine Art menschliches Mäßigen mit den Kommissionsmitgliedern haben. Nun, so sehr persönlich war die Kritik nicht. Wenn ich menschliches Mäßigen und Mitleid empfinde, so habe ich es mit den alten Parteigenossen, die sich von jungen Leuten, die noch gar keine Erfahrung in der Partei haben, die Agrarfrage auch wissenschaftlich und literarisch nicht beherrschen, haben ins Schlepptau nehmen lassen und jede Quacksalberei mitgemacht haben. Von den aufgestellten Forderungen hat die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit keinen Nutzen. J. B.: Die Forderung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte ist ein Unabing schon im Interesse der Erhaltung der Wälder. Durch zu großen Streubezug sind in Tyrol ganze Wälder zu Grunde gegangen. Sind unter den Weiderechten auch die Weiderechte der Grundherren mit einbezogen? Das geht doch nicht. Auf solche Forderungen müssen wir verzichten. Bolmar hat noch in der vorigen Session nach den Einwürfen vom Regierungssitz im bayerischen Landtag erklärt, daß er ein Verbot aller Waldabholungsrechte selbst im Interesse der Bauern nicht für möglich halte. Daß die Wald- und Weiderechte schließlich aufhören, bringt die Entwicklung mit sich. Ja, das Bestehen in seinem Lauf, hält auch kein Agrarprogramm auf. Die Rechte, die bei dem früheren kommunikativen Betrieb, jedem gleichen Nutzen brachten, sind mit der Zeit Privilegien geworden. Man weiß eben nicht genau, um was es sich handelt, indem wir mit den kleinen Leuten Sympathien haben, treten wir für solche Forderungen ein und kämpfen doch bloß für die Privilegien der Besitzenden. (Bebel ruft: Die Abholungen sind häufig Prellerei.) Jawohl Genosse Bebel, das befreite ich nicht, aber ebensoviele ist zu befreiten, daß viele Bauern auf die Abholung ihrer Rechte einfach dringen müssen, daß sie davon Nutzen haben. Man kann solche Rechte nicht aufrecht erhalten, denn diese Rechte sind vielfach Mißbräuche der Weiden und können solche Dinge nicht einmal für die Bauern fordern, da wir als Staatsbürger Interesse an der Erhaltung des Staatswaldes haben müssen.

Der Entwurf verlangt Vergrößerung des Gemeindebesitzes. Man wird doch Gemeinbetriebe nicht mit sozialistischem Betrieb identifizieren wollen. Mit dem Sozialismus hat der Gemeindebesitz nicht das Mindeste zu thun. Die Gemeinden haben ihre Bedeutung verloren, selbst in der Schweiz, wo sie noch am höchsten entwickelt sind. Was haben wir von Parteiprogramm für eine Verpflichtung, für solche Gemeinden einzutreten, die in Württemberg zwischen 2 und 10 Morgen groß sind. Wo die Gemeinden irgendwie einflußreich sind, nimmt die Schollenheberei zu und wenn wir sie vergrößern, so thun wir nichts anderes als der Gutsbesitzer im Osten auch thun, wenn er seinen Arbeiter ein Stückchen Land giebt und sie schollenpflichtig macht. Dafür werden wir doch nicht eintreten wollen. Die Verneinung der Gemeinde ist heute eine Forderung aller Agrarpolitiker, die die Landbevölkerung schärfen machen wollen. Eine dritte von uns aufgestellte Forderung ist die Restituierung der Grundschulden, auch eine Forderung, die die Antisemiten im Programm haben, die das Centrum in seinem Programm andeutet, die auch andere Parteien aufnahmen. Herr Wiermann v. Sonnenberg haben wir diese Forderung entnommen Herr v. Kardorf hat beim Herumziehen in seinem Wahlkreis den Bauern die Erfüllung dieser Forderung versprochen. Die Gegner sind bloß weislicher als wir, sie sehen ein, daß sie gewisse Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft zurechtbügeln müssen, wollen sie sich von ihren Schulden retten. Wir erreichen mit dieser Forderung gar nichts, schmeißen dem Bauer Honig um den Mund und ehen ihm garnichts. Die bürgerliche Gesellschaft ist konstant und hilft mit dem Anerkenne dem Einzelnen, mögen die übrigen zum Proletariat gehen. Das hilft auch demjenigen, der im Bauernstande bleibt. Wie werden denn aber die Grundschulden verstaatlicht? Doch auf Kosten der Arbeiter. Wir müssen doch die Auslösung der Forderungen den Gegnern überlassen. Der Staat zahlt die Schulden aus den Taschen der Steuerzahler, d. h. für die nächsten Jahrzehnte aus den Taschen der Arbeiter. Ich habe auf die Veröffentlichung des süddeutschen Entwurfs gedrungen, weil er am deutlichsten zeigt, mit welcher Unkenntnis und welcher geringer Gewissenhaftigkeit dort gearbeitet worden ist, wie alte gute und erprobene Parteipositionen auf jede Charaktere hereinfallen. Als ich den Entwurf las, sind mir sofort die Ähnlichkeit mit dem Seipenentwurf einer reaktionären Regierung eines großen Reiches auf, der vor zwei Jahren bereits erschienen ist. Es handelt sich um den Seipenentwurf der österreichischen Regierung für die Erhaltung ländlicher Verfassungsgemeinschaften und der Urheber dieses Entwurfs ist der reaktionäre Graf Falkenhayn, dem auch der österreichische Bergbau untersteht, an dessen Fingern das Blut der in Dürre erstickenden Bergleute fließt. Eine Anzahl Bestimmungen decken sich in beiden Entwürfen wortlich. Nur gut, daß Graf Falkenhayn nicht in Preußen Minister ist, wir hätten dann vielleicht noch mit Hurra bei diesem Seipenentwurf einjuchzen müssen. Und das alles, weil ein paar Leute, die nicht einmal soviel Wissen besitzen, um zu ahnen, für welche Leute sie Gesetze besorgen, an der Partei herumdoktoren wollen. (Große Heiterkeit.) Seit 15 Jahren, die ich in der Partei sehe, habe ich so etwas noch nicht erlebt. Deshalb hielt ich mich verpflichtet, der Sache die Schelle anzuhängen. Wir können den Bauern nicht gleich den Bauerndürmern solche Versprechungen machen. Und wenn wir nun den dritten Teil des Programms anfügen, dann könnte jeder, dem manche Forderungen inappetitlich, zu uns herüber kommen. Alle Antisemiten, die freilich außer den Grundschulden auch ihre Personalschulden verstaatlichen wollen, können dann halb und halb zu uns herüber kommen. In welche Gesellschaft würden wir aber dann geraten? Ich halte es für ein Glück, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen und vorläufig gegen uns organisieren. Ich warne die jungen Genossen, die vielleicht in der Landwirtschaft antisemitischer Wahnzelle sitzen, die antisemitischen Agrarforderungen zu übernehmen, sie treiben sonst den Teufel mit Beiseite aus. Wenn nach der langen Diskussion diese Leute aber ihr Unrecht noch nicht einsehen, dann werden ihnen die Arbeiter die Wege weisen müssen. (Stürmischer Beifall.) Bitte, lassen Sie die rein agrarischen Forderungen beiseite. Wir wollen den Kleinbauern heranziehen, müssen ihn aber sagen, daß er als Bauer keine Zukunft hat, sondern nur als Beschäftigter, wenn er mit uns kämpft. Wir wollen das Pferd nicht an Schwanz aufhängen und nicht erlauben wie Melands Abt, der verkehrt auf dem Stoff sitzt und statt des Baumes den Schwanz in der Hand hat. (Beifall)

Nachdem in die Reuekommission folgende Genossen gewählt:

Königsberg, Klotz-Str., Magdeburg, Dahlen-Halberstadt, Köpcke-Hamburg, Gerber-Str., Halle-Str., Köpenick-Hamburg, Reich-Str., Hannover, Frau Köpcke-Berlin, Freitag der Vorlesung Singer die Sitzung um 7 1/2 Uhr abends auf Mittwoch früh 9 Uhr.

C. B. Breslau, den 9. Oktober 1895 (vormittags).

Singer eröffnete die heutige Sitzung mit der Verlesung einiger Begrüßungsreden. Der Parteitag tritt in die General-Diskussion über die Agrarfrage ein.

Müller-München vertritt den folgenden Antrag der Parteigenossen der beiden Münchener Kreise: den Agrarprogramm-Entwurf an einen Agrar-Ausschuß zurück zu verweisen mit dem Auftrage, die tatsächlichen ländlichen Verhältnisse der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen, die Genossen in angemessenen Zwischenräumen über ihre Tätigkeit auf dem Lande zu halten, und das Ergebnis ihrer Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unterbreiten.

Der Antrag stelle die Forderung einer sorgfältigen Prüfung der tatsächlichen ländlichen Verhältnisse als Vorbedingung weiterer Schritte in der Agrarfrage auf. Die genaue Kenntnis der ländlichen Verhältnisse sei aber in der Partei noch nicht so weit gediehen, um schon jetzt ein Programm aufzustellen. Dem Eindruck habe er sowohl aus dem Vortrage des Referenten, wie des Korreferenten erhalten. Was der Genosse Schippel über die Waldrechte gesagt hat, ist wohl nicht ganz richtig. Die Entnahme von Säuren ruiniert den Wald nicht im Gegenteil. Da wo die Säuren liegen, stelle sich der Kiefernadelstich ein und die Nadeln fallen ab. Andererseits werden in einzelnen Distrikten die kleinen Leute, wenn ihnen die Säuren entzogen werden, tatsächlich dem Hungertode überliefert. Die bayerische Regierung, als deren Anwalt sich Schippel gefehlt aufgestellt habe, sei inwieweit zu anderer Ueberzeugung gekommen, wozu besonders die Fuchsmühl-Wälder beigetragen habe. Er erinnere sich, die Zeit für ein Agrarprogramm sei noch nicht gekommen, er bitte um Annahme der Schlußresolution der Kommission.

Für den Entwurf der Kommission erhielt das Wort

Debel: Gefallen hat mir die objektive Art des Redner's, der nicht von Charlatanerie, Quacksalbern, gewissenlosen Menschen, die nicht wissen, wessen Geschäfte sie besorgen, wie gefahren Schippel sprach. Und diese Wortwahl erhebt ein Mann gegen Leute, die sich schon lange die Sporen in der Partei verdient hatten, als er noch keine Ahnung vom Sozialismus hatte. Ich werde noch zeigen, daß am allerwichtigsten Schippel berechtigt war, solche Reden zu erheben. Hätte er nur ein bißchen Geschick und Selbstgefühl gehabt, er mußte sich hüten, so zu reden. Seine ganze Rede zeigte von einer an Größenwahn angrenzenden Annahme. (Dorthe und Beifall.) Ein Charlatan ist ein Schwindler. Schippel hat uns neben Schwindler auch noch Dummköpfe gegeben. Für Schwindler ist aber in der Partei kein Raum, ich wenigstens lehne es ab, mit einem Schwindler zusammen zu sitzen. Entweder er oder ich muß aus der Partei hinaus. Genosse Schippel hätte am allerwichtigsten das Recht gehabt, hier so aufzutreten, er hat für vieles, was er gegen hier so häufig behauptet hat, in der Kommission gestimmt. Die Agrarfrage ist dringend, und der Antrag kamisch, der die Frage vornehm bei Seite schieben will, ist nicht gerechtfertigt. Die Art, wie Schippel gefahren aufgetreten ist, steht im grellsten Widerspruch zu seinem Verhalten in der Kommission. In der Kommission hat er sich um kein Wort gekümmert, seine Ueberzeugung zu sagen, denn er wird doch die Argumente gegen den Entwurf nicht in den letzten Tagen zu eigen gemacht haben. In der Kommission hat Schippel ganz anders gesprochen, als gefahren hier. Ich habe bei Schippel schon manchmal ähnliches erlebt, aber nachdem, was gefahren vorgefallen ist, sind wir beide als Menschen fertig, ich überlasse Ihnen das Urteil über die moralische Anständigkeit des Referenten Schippel. In der Kommission ist gar nicht alles glatt gegangen, es ist sehr heftig, aber auch sehr gründlich diskutiert worden, dafür habe ich schon gehört. Schippel hat von den Verhandlungen im Sozialdemokratischen ein ganz falsches Bild gegeben. Schippel hat sich das billige Vergessen gegeben, den süddeutschen Entwurf zu verpöhlen, der gar nicht mehr existiert, der gar nicht zur Diskussion steht, der längst abgehoben ist. Und dabei sagt er den Mitgliedern des süddeutschen Ausschusses, sie hätten sich von einem Charlatan inspirieren lassen. Ich habe mit Vollmar manchen Streich gehabt, wobei mit ihm noch wachen Streich haben, zwischen uns besteht tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, nicht bloß in der Agrarfrage, aber ich habe stets gesucht, die Gründe für die Ansichten Vollmar's zu untersuchen. Es ist mir aber nicht eingefallen, von Charlatanerie, von Unwissenlichkeit zu sprechen. Schippel weiß ganz gut, daß Vollmar im Anfang der Partei der süddeutschen Entwurf war. Ich hätte solche Ausdrücke nicht gebraucht, noch dazu nicht gegen einen Abgeordneten, der sich hier nicht verhalten kann. Damit verleihe ich die persönliche Seite der Sache. Unser Entwurf verstoßt nirgends gegen unsere Parteiprinzipien, der Arbeiterklasse sollen keine Opfer anverlangt werden zu Gunsten der Besitzenden von Grund und Boden. Falls daraufhin der Entwurf eine Reduktion auf, so kann gegen die Forderung an sich nichts einzuwenden

sein, über die Formulierung lasse ich mit mir reden. Als Vollmar im vorigen Jahre seine Rede hielt, antwortete ihm lebhafter Beifall, und gefahren habe viele von denen, die Vollmar Beifall zollten, auch der Schippel'schen Rede Beifall gezollt. (Rufe: sehr richtig!) Beide Redner stehen sich doch diametral gegenüber. Das beweist mir, wie es mit der Klarheit über die Agrarfrage in der Partei steht. Es kommen Leute mit vorgefaßter Meinung hierher, die sachlich die Frage gar nicht beherrschen. Die Agrarfrage muß für uns alle gelöst werden. Wer den Grund und Boden in der Hand hat, hat die Gesellschaft in der Hand. Daher die große Macht des Junkertums, trotz des Bürgeriums. Nach Schippel's Ausführungen dürfen wir Anhänger des Entwurfs eigentlich nicht mehr Parteigenossen heißen. (Widerspruch.) Ja, ich bin empfindlich. (Rufe: Weider!) Aber den Entwurf halte ich für gut sozialdemokratisch, wir wollen die Lage der ländlichen Arbeiter verbessern, wissen aber ganz genau, den Lauf der kapitalistischen Entwicklung halten wir deshalb nicht auf, wollen ihn ja natürlich auch nicht künstlich aufhalten. Wir sollten doch auch von unsern Gegnern lernen, diese müßten doch sehr erfreut sein, wenn wir ihnen zu Hilfe kämen. Sie sind es aber garnicht. Das beweist schon, daß wir uns auf richtigem Wege befinden. In der ganzen parlamentarischen Tätigkeit vertreten wir ja das Prinzip der augenblicklichen Verbesserungen. Die Gegner des Entwurfs sagen, der vermehrte Staatsbetrieb zieht größere Abhängigkeit nach sich. Ist denn das der Fall? Hat etwa die Verstaatlichung der Eisenbahnen der Sozialdemokratie geschadet? Die Staatsmacht hat die größte Macht bei Kleinem Betriebe. Je mehr Beamte, desto größer die Unzufriedenheit unter den Beamten. Wir setzen es bei der Post. Die große Masse von Arbeitern im Staatsbetriebe treibt den Staat höchlich an den Fingern. Wir sagen ja sogar: Schippel immer mehr Soldaten herbei, mit der größeren Waffe bekommt ihr auch die Sozialdemokraten mit hinein. (Rufe: Dann müßten wir ja auch fürs Tabakmonopol sein.) Bereichte Genossen, beim Tabakmonopol würden einmal sehr viel Erfahrungen erstunirt werden müssen, dann soll der Entwurf auch dem Militarismus zu gute kommen. Der Vergleich stimmt also nicht. Wir fordern die Verstaatlichung der Hypothekendarlehen, wir bekommen dadurch eine Indentifizierung des gesamten Grund und Bodens. Das kann doch für die Errichtung des sozialistischen Staats nur von Vorteil sein. Ja, wenn wir erst die Macht haben, machen wir kurzen Prozeß, wir werden mit dem Raub von Gewalt vorgehen, das wir besitzen. Aber wir haben doch mit einem Uebergangsstadium zu rechnen. Karl Marx sagte einmal zu Engels: Am besten wäre es, wir kauften die ganze Baude aus. Er befand sich da mit seinem Knippenen Fugen Richter in Uebereinstimmung. Und ich frage heute noch auf dem Standpunkt. Die Zentralisierung des Kredits ist in der Reichsbank angestrebt worden, und wir hätten sofort für eine Reichsbank gestimmt, wenn es sich nicht um eine Pfandbreichsbank gehandelt hätte, an der das Privatkapital mit Gewinnen beteiligt ist. Ich möchte den Parteigenossen zeigen, der für eine wirkliche Reichsbank nicht stimmen wollte. Das sind kulturfördernde, nicht kulturhemmende Dinge. — Schippel beschästigte sich gefahren ausführlich mit dem Punkte der Waldrechte und Waldbesitz. Der erste Entwurf enthält den Ausdruck: Unbeschränkte Aufrechterhaltung dieser Rechte. Das Wort „unbeschränkt“ ist fortgelassen, weil wir auch diese Rechte nicht auf Kosten einer rationellen Forstwirtschaft aufrechterhalten wollen. Wer vertritt aber die Auffassung, daß die Wegnahme der Säuren den Bestand des Waldes gefährde, es sind die Waldbesitzer, die den Wald zu einer großen guten Studie machen möchten, zu der außer ihnen nur noch die Holzhändler und Holzläufer, die Herren Fuchse und Hege Jurist erhalten sollen, das soll aber ferngehalten werden soll. Die Ablösungen sollen nach Schippel ein Gegen sein. Dann hätte ja der Fuchse gegen die Fuchsmühl recht gehabt. Was sagen die Fuchsmühl? Das Geld fließt uns bald unter den Händen weg. Das Recht dauert unser Leben lang und bildet die Grundlage unserer Existenz. Der kleine Mann ist unwillig, wir müssen ihm Aufklärung bringen, ihm kann nur durch uns geholfen werden. Die Berechtigung des Gemeinbesitzes ist durchaus nicht antizipatorisch, schon weil das Privatigentum unterstützt und die Expropriation überflüssig wird. Der Gemeinbetrieb kann am leichtesten in einen sozialistischen Betrieb umgewandelt werden. Es braucht nur die Verwaltung geändert werden. Redner polemisiert gegen die in der Presse veröffentlichten Ausführungen von Kautsky und Parvus, betont aber, daß keiner von beiden einen annähernden Gegenübertrag gemacht hat. Deshalb verliert die Kritik an Wert. Redner fährt fort: Ich habe niemals in einer Rede etwas versprochen, von dem ich wußte, daß eine Ausführung nicht möglich sei. Ich habe niemals die schwierigen Punkte der Arbeiter gegen die Intelligenz aufgeworfen. Das haben Schumpeter und Hasselmann getan, wenn sie mit ihren Gründen zu Grunde waren. Rede sich abgeben und jetzt kommt Schippel und ihm das Gleiche. Und nicht ohne Erfolg, wie mir der Beifall an dieser Stelle beweist. Was wir Ihnen bieten, reicht nicht an die Forderungen heran, die in der letztjährigen Resolution der Parteitag aufgestellt hat. Wir kommen aber nicht mehr hinzu, haben alles gesagt, was wir thun können und bitten Sie, unseren Entwurf anzunehmen. (Langanhaltender Beifall.)

gegen den Entwurf erhält nun das Wort: Kautsky - Stuttgart: Debel meinte, die hier antwortenden Delegierten seien sich noch nicht klar über die Agrarfrage. Dann sollte er aber dem Parvus zustimmen, der die Sache auf ein weiteres Jahr übertragen will und nicht gerade von diesem Parteitag eine Entscheidung fordern. Ich stimme mit Debel darin überein, daß eine gewisse Unklarheit in Agrarfragen in manchen Kreisen unserer Partei herrscht. Aber der Entwurf der Agrarkommission würde dieser Unklarheit nicht steuern, sondern sie vermehren, da er so vieldeutige Forderungen enthält, daß er der Reformisterei und Projektmacherei Thür und Thor öffnet. Unser Antrag legt die Partei nicht fest, er schließt die Diskussion nicht ab, er enthält bloß eine Warnung, im Reformisterei sich auf den Sozialismus und den Kultus des Bauerntums zu verwerfen. Zunächst müssen wir uns klar werden über unsere Aufgabe auf dem Lande, ehe wir uns für ein Programm entscheiden. Dabei kommen zwei Gesichtspunkte in Betracht: erstens unser nächstes positives Ziel ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, alle Reformtätigkeit hat diesem Ziel zu dienen; zweitens, wir führen einen Klassenkampf, wir können bloß jene Schichten auf dem Lande gewinnen, deren Klasseninteressen mit denen des Proletariats übereinstimmen. Also gilt es die verschiedenen Schichten der Landbevölkerung auf ihre Klasseninteressen zu untersuchen. Bei den Knechten und Tagelöhnern liegt die Sache klar. Ihnen zunächst jene Zwergbauern, deren Land nicht zu ihrer Erhaltung ausreicht. Diese müssen Hausindustrie, oder Lohnarbeit treiben und haben als solche gleiche Interessen mit den städtischen Proletariaten. Sie müssen bei dieser Seite getauft werden und nicht als Landwirte. Am schwierigsten ist die Sache bei den Bauern. Der wohlhabende Bauer ist Fanatiker des Privateigentums, nur der verzweifelte Bauer ist für die Grundbesitz des Sozialismus zu gewinnen. Aber das wird erst erreicht, wenn man ihm, im Widerspruch zu den Thatsachen, die Aussicht bietet, in der heutigen Gesellschaft auf einen großen Gewinn zu kommen. Der Arbeiterkampf ist etwas ganz anderes als der Bauernkampf. Wir wollen die Persönlichkeit der Bauern ebenso schützen, wie die des Arbeiters, aber nicht seinen Betrieb. Das Agrarprogramm würde den Bauern nicht helfen, uns aber schaden, ihren Eigentumsfanatismus neu entfachen und um das zu leisten, will man dem Staat eine unerhörte Macht geben, gerät man in die Bahnen des Staatssozialismus, dem bitte ich Sie, einen Riegel vorzuschleichen und unseren Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Stiller - Hof erklärt sich für den Programmentwurf, der nichts anderes enthält, was nicht schon aus dem bisherigen Programm logisch gefolgert werden könne. Was Schippel über die Abblöschung von Waldrechten gesagt habe, triffe nicht zu, er soll sich einmal den Fuchsmühl Prozeßbericht durchlesen. Was den Entwurf des Minister's Falkenhayn anlangt, so sage er, gar viele Punkte des Programms seien vom Liberalismus übernommen, deshalb seien sie doch nicht schlecht. Grödenberger habe Schippel in der Tagespost Vorwürfe vorgebracht, er habe den Ausdruck zuerst für zu hart gehalten, nach der gestrigen Rede Schippel's halte er den Ausdruck für berechtigt. Ueber kurz oder lang werde doch ein Agrarprogramm aufgestellt werden müssen. Es werde sich fragen, ob dann aber nicht schon viel verjährt sei. Deshalb sei er für den Entwurf der Kommission.

Dortel - Nürnberg ist kein strenger Gegner eines Agrarprogramms, aber es sei doch zu bedenken, ob wenn erst einmal der Anfang mit der Aufstellung derartiger Forderungen gemacht werde, ein Ende abzusehen ist. Debel habe sich sehr geändert, denn noch 1893 in Köln habe er die Verstaatlichung der Hypotheken für eine konservative Maßnahme erklärt, jetzt steht die Forderung in seinem Entwurf. Eigentlich recht konsequent war gerade der süddeutsche Entwurf, der sagte ganz offen und deutlich: wir wollen alle nur möglichen, bald ausführbaren Forderungen aufstellen. Das ist zwar zum Teil sozialistische Kanitzerei, aber konsequent. Die Agrarfrage muß genau untersucht werden. Je länger man aber prüfen wird, um so klarer wird sich die Erkenntnisse ergeben, daß die Schaffung eines Agrarprogramms nicht angängig ist, daß wir langsam aber sicher auf dem alten Weg werden weiterreiten müssen. Zum Schluß noch eine Bemerkung: Ich habe keine Verpflichtung, Vollmar zu verteidigen, ich bin mit dem süddeutschen Entwurf und den Ansichten Vollmar's in der Agrarfrage nicht einverstanden, aber ich muß sagen, Schippel ging zu weit, als er von Charlatanerie und Unwissenlichkeit sprach. Diese Rede wird dazu beitragen, den persönlichen Streit mit Vollmar von neuem zu schüren. (Beifall.)

Wolkenbruch - Hamburg polemisiert gegen Schippel's Art zu diskutieren. Schippel habe etwas bestritten, daß gar nicht verlangt werde, den süddeutschen Entwurf. Er habe nicht wie Schippel die Agrarfrage als Substrat, als einige praktische Erfahrungen vom Lande für sich. Die Verhältnisse zwingen die Partei, sich mit der Agrarfrage eingehender zu beschäftigen, nicht die Macht, die Bauern etwas Neues zu bringen. Die Kritik in der Landwirtschaft sei nicht zu lenigen. Die kaiserliche Einheitslosigkeit, die Kautsky erwünschte, ist eine Einbildung. Der Bauer ist nicht einheitslos, als jeder andere Mensch auch. Der Entwurf sei eine logische Entwicklung des zweiten Teils

Heuiletton.

Wie das Volk wohnt und wie es wohnen sollte.

Von Dr. Theodor Stamm.

Wie wohnen jetzt die Millionen, die arbeitenden Volksmassen in den Städten? In den Städten wohnen sie in den schlechtesten, ungesundesten Stadtvierteln, in den engen Gassen, in Höfen, welche der Luft und des Lichts entbehren, in der Nähe von Abtrittsgruben, in luftverdichteten lichtlosen Kellern, in einer einzigen Etage, die für die ganze Familie dienen muß, in Schlafstellen, deren oft viele auf eine Kammer verteilt sind. Das Reputat der Volksgesundheit gefährdet sich dementsprechend; die schlechtesten Wohnungen nagen im Verein mit dem Mangel und der Unwissenheit an Gesundheit und Leben der Armen.

Wie wohnen jetzt die Millionen, die arbeitenden Volksmassen auf dem Lande?

Sie haben meist nur ein niedriges Stübchen für eine ganze Familie, und viele wohnen eigentlich garnicht mehr, sondern vagabundieren auf Scheunplätzen, in Erdhöhlen u., z. B. die Kölsche in Ostpreußen, die Gangleute in England u.

Eine vernunftsprachende Volksgesundheitslehre ist noch in keiner Schule angeführt, auch verstehen die meisten jetzigen Schullehrer selber nicht viel davon, wohl hauptsächlich infolge der ihnen zuteil gewordenen höchst einseitigen Erziehungsmethode.

In den Wohnzimmern der Landarbeiter werden, wenn sie auch für eine ganze Familie dienen, selten die Fenster geputzt. Nicht einmal infolge der Not und des Schmutzes Lappus im Dorfe aus oder wird er eingewaschen, so denkt niemand an Frierung der Kranken, an Ventilation und Reinlichkeit. Zwischen den Kranken liegen die Gesunden und nicht selten ein Gesunder und ein Kranker auf gemeinsamer Lagerstätte. Selbst gültige Belehrung hilft bei solchen Verhältnissen, in ihrer Erziehung vernachlässigten Menschen nichts, sie sind zu dumme geblieben und wollen daher nichts einsehen und wissen.

Staten wir überhaupt über die ganze weite Erde fort, ist es nach China, ist es nach Ägypten, ist es nach Europa, ist es nach Amerika, überall sind verdrängte, verdrängte, verdrängte, wackelnde Massen; je größer der

Mangel an Freiheit und Bildung, um so verkommenere finden wir die Menschen.

Die Menschheit lebt nicht in gereifter Erkenntnis der Naturgesetze, sonst würden Wohnungs- und Lebensbedingungen wie diejenigen, deren die Massen jetzt unterworfen sind, gar nicht mehr vorhanden sein.

Wie könnte es aber besser werden?

Die Naturwissenschaften sind kaum seit einem Jahrhundert kräftiger entstanden und werden in weiteren Kreisen als früher gepflegt, sie haben die Wunder der modernen Zeit geschaffen.

Die Naturwissenschaften lehren uns, wie wir durch richtige Verwendung der Naturkräfte die meiste und beste Arbeit verrichten können. Baumaterialien aller Art: künstliche Steine, Glas, Zement, Eisen können wir durch Anwendung der Naturwissenschaften billiger und besser produzieren als früher, mit unserer Dampfmaschinen das Holz leichter schneiden und spalten, Gesteine leichter sprengen, Baumaterialien leichter und rascher transportieren.

Wäre also das Hauptbaumaterial aller Rohmaterialien, wäre der Grund und Boden in den Händen des Volkes, so müßte sich das Volk seine Wohnung viel billiger und besser bauen können als früher.

Da aber das Hauptbaumaterial, der Grund und Boden, in den Händen einzelner Besitzer und der Kapitalmächte ist, so scheitern diese, je nachdem das Bedürfnis der Massen für Wohnungen wächst, die Preise der Baustellen und Baumaterialien immer höher. Somit kommen die Grundbesitzer der Naturwissenschaften nur zum geringsten Teil dem Volke zu gute, der Löwenanteil aber fällt den Kapitalisten zu.

Von dem Augenblicke an, wo das Volk wieder Gemeindegüter des Grund und Bodens und überhäufig aller Güter ist, ändern sich diese Verhältnisse vollständig.

Man wird einfach Wohnplätze für das Volk und durch das Volk errichten.

Aus den verschiedenen Kulturperioden können wir uns irgend welche Beispiele schöpfen. So auch aus der geringst längst gedauerten Klosterperiode. Von dem Zweck der Klöster ganz abgesehen, war doch die Anlage ihrer Baustätten oft entzückend. Man wählte die durch Naturkräfte begünstigten Punkte aus, sorgte für liebliche Gärten mit reizenden Wasserläufen, mit Kastanen und Bäumen versehen; die einzelnen Wohnzimmer waren durch prächtige Korridore und Säulengänge verbunden,

die gemeinsamen Treppen waren nicht minder geräumig und durch geschmackvollen Baustil Bewunderung erregend. Der Luxus konzentrierte sich bei den Klöstern auf die gemeinsamen Räumlichkeiten und vor allem auf die Kirche. Jeder übermäßige Schmuck und jede unnütze Ausdehnung der privaten Wohnzimmer wurde aber vermieden, obgleich man auch bei diesen mit sehr vieler Ueberlegung für den herrlichsten Schmuck einer freundlichen Aussicht sorgte.

Wir können also auch beim Klosterbau durch verbesserte Nachahmungen lernen und manche ihrer Bauseigentümlichkeiten für unsere Volkspaläste benutzen.

Selbstverständlich ist der gesamte jetzige Städtebau, der seinen Ursprung der Unnatur unserer Verhältnisse verdankt, nach und nach gänzlich umzuändern. Alle Kellerwohnungen, alle vier, fünf und mehr Stockwerk hohen Häuser sind verwerflich. Der Raum unter dem Erdniveau mag als Lagerraum für Waren, nicht aber zu Wohnungen dienen. Enge, lichtlose, stinkende Höfe müssen verschwinden; was jündigt man hier in den heutigen Hauptstädten! Größte Reinlichkeit des Erdbodens und der Luft sind Hauptforderungen eines gebildeten Volkes. Nur rohe und in Bezug auf Reinlichkeitsinn abgestumpfte Naturen können sich in Stantgassen, Stanthöfen, Stanthäusern wohl fühlen.

Die Städte der Zukunft werden aus Volkspalästen, Volkshäusern und Gärten bestehen und alle Einrichtungen in sich bergen, welche das Volk belehren und vorhabene Leiden und körperliche Gebrechen mildern können. Mögen dann die Städte unter sich weiterern, welche das größtmögliche Glück und Wohlergehen ihrer Bewohner zu erzielen fähig sind.

Auch auf dem Lande werden sich die Volkswohnungspaläste immer mehr vermehren und viele solcher Punkte bald unsere freundlichsten Sommeraborte an schönen Anlagen übertreffen.

Was werden einst die Städte sein? Was sind sie jetzt? Und wie werden einst die Volkspaläste auf dem Lande, mit lieblichen Fruchtgärten umgeben und inmitten der Felder die jetzigen vereinzelt Landeshäuser der Geldaristokraten übertreffen!

Die jetzt darbenenden Menschheitsmillionen bedürfen gesunder veredelnder Wohnungen. Mögen diese Millionen selber und jeder, dessen höchstes Lebensgesetz die unheimliche Liebe und die Bervollkommnung seines Geistes ist, zur Erreichung dieses menschwürdigen Zieles beitragen!

unseres bisherigen Programms, das für die Industriearbeiter bestimmt ist und bei dessen Abfassung der Landarbeiter nicht gedacht worden ist. Ist es dann so verwerflich, Verbesserungen schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft anzustreben, dann weg mit dem ganzen zweiten Teile des bisherigen Programms. Die Agrarfrage muß gelöst werden. Die Sozialdemokratie darf ihr nicht ausweichen. Um 2 Uhr wird die Diskussion auf Donnerstag früh vertagt, da die Delegierten nachmittags die Gräber Bassalle's und Kasper's besuchen und dort Kränze niederlegen wollen.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Die Geistlichkeit in der Schule. Der Oberkirchenrat hatte sich der überflüssigen Besorgung hingegeben, daß die Unterrichtsverwaltung ihm den bisherigen Einfluß auf die Schule nehmen wolle. Daraufhin hat der Kultusminister Dr. Bosse zur Beruhigung der Geistlichkeit ein Schreiben an den Oberkirchenrat ergehen lassen, in dem es heißt: „Dem Ortsgeistlichen soll bei Fortfall der Ortschulaufsicht die den Geistlichen zugehörte besondere Mitwirkung bei Ausübung der Schulaufsicht gewährleistet werden. Dem Geistlichen ist hiernach die Gelegenheit geboten, sich als sachverständiges Mitglied der Schuldeputation vorzugsweise mit Fragen des inneren Schulbetriebes amtlich zu befassen, insonderheit mit denjenigen, welche sich auf die religiöse Erziehung und Unterweisung in der Schule beziehen. Der Minister verneint, daß hiernach bei eingehender Erwägung ein Anlaß zur Beruhigung in kirchlichen Kreisen nicht vorliegen kann, wie er andererseits den größten Wert darauf legt, gerade hiermit auch der Schulverwaltung die wirksamste Hilfe der Geistlichen bei Handhabung der Schulaufsicht gesichert zu haben.“ Nun hat die liebe Seele des Oberkirchenrats doch hoffentlich Ruh.

Verbotenes. In einer am 7. Oktober in München abgehaltenen Versammlung des demokratischen Vereins wurde das Verbot des Ministeriums bei der Fuchsmühlener Angelegenheit auf das Schärfste kritisiert. Als man das Vorgehen des Militärs einer Kritik unterzog, wurde die Versammlung mit Auflösung bedroht und deshalb geschlossen.

An eine Trennung von Stöcker denkt die konservative Parteileitung, wie in der Kreuzzeitung kategorisch erklärt wird, nicht. — Um so schlimmer für die konservative Partei.

Ueber politisches Denunziantentum führt die Kreuzzeitung aus Anlaß der Veröffentlichung von Hammerstein- und Stöckerbriefen bewegliche Klage; sie meint, daß Denunzianten zu allen Zeiten für höchst verächtlich gehalten hätten. — Wenn die Kreuzzeitung an ihre eigene Geschichte zurückdenkt, so wird sie Gelegenheit finden, diesen Satz auf sich selber anzuwenden.

Arbeiterversicherung und Armenpflege.

Als bei Beratung des Krankenversicherungsgesetzes die Sozialdemokraten behaupteten, man verfolge mit diesem Gesetz die Absicht, die öffentliche Armenpflege auf Kosten der Arbeiter zu entlasten, legte man an maßgebender Stelle gegen diese „Unterstellung“ energische Verwahrung ein. Es sollte sich aber bald zeigen, daß die bösen Sozialdemokraten recht hatten. Eine neue Bestätigung ihrer Ansicht liegt vor. Bürgerliche Blätter berichten: „Das Bürgermeisteramt in Mannheim teilte vor kurzem den Stadtverordneten mit, daß die Wirkungen der Versicherungs-gesetze sich für die Stadt, sowohl hinsichtlich des Armenaufwandes als auch hinsichtlich des Zuschusses zur Erhaltung des Krankenhausbetriebes als ganz erheblich ausgewiesen haben und belegte das mit folgenden Zahlen. Vor Einführung der obligatorischen Versicherungen im Jahre 1880 betrug der Armenaufwand pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 20 Mark. Derselbe fiel im Jahre 1890 bis auf 2,70 Mark und dann, als die Wirkung der Alters- und Invalidenrenten hinzu kam, im Jahre 1893 auf 2,30 Mark. Kranken- und Unfallversicherung haben in Mannheim den städtischen Zuschuß zur Krankenkasse, der im Jahre 1884 noch 69,000 Mark betrug, sinken lassen auf 33,700 im Jahre 1890, auf 6500 Mark im Jahre 1892, und im Jahre 1893 war gar kein Zuschuß der Stadtkasse mehr erforderlich. Die Stadtverordnetenversammlung nahm daher einen, aus ihrer Mitte ergangenen Antrag an, daß künftig den Krankenkassen jeder Art statt 2,25 Mark für den Verpflegungstag nur noch 2 Mark in Rechnung gestellt werden sollen. Die gleichen Erfahrungen werden aus anderen Städten berichtet, so z. B. Elberfeld, dessen Armenpflege musterzünftig organisiert ist. Auch hier sind die Armenlasten heruntergegangen.“ Das heißt! einen großen Teil der Armenlasten müssen jetzt die Krankenkassen der Arbeiter tragen; dieselben Arbeiter, deren wirtschaftliche Lage zu heben die herrschende Gesellschaft nichts zu unternehmen vermag.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Kaufmann Theodor Trolle von hier, hat seit Jahren Deutschland bereist und Diebstähle, sowie Betrügereien ausgeführt. Er hat deswegen vielfach Gefängnis- und Zuchthausstrafen erlitten. Stets, wenn er abgeführt wurde, schüßte er Geisteskrankheit vor und mußte öfter auf dem Irrenhause beobachtet werden, wurde aber stets als Simulant erkannt. Gegenwärtig verbüßt er 10 Jahre Zuchthaus. Im Sommer 1892 hielt er sich kurze Zeit hier auf und entwendete am 2. Juli einem Stubengenossen eine goldene Uhrkette im Werte von 40 Mark, womit er dann heimlich verschwand. Trolle erhielt zusätzlich 6 Monate Zuchthaus. — Der Steinbrucharbeiter Stanislaus Pawlikowski zu Gommern bedrohte am 25. Juli d. J. seine Mutter mit Todschlag, ebenso am 27. Juli ihre drei Schläfer. Der eine von ihnen, Steinbrucharbeiter Josef Zawieruda, geboren am 16. Februar 1873, ergriff darauf einen Hammer und ver setzte dem Pawlikowski damit derart einen Schlag auf den Mund, daß drei Zähne abbrachen. Das Urteil lautete gegen Pawlikowski auf 6 Wochen, gegen Zawieruda auf 9 Monate Gefängnis. — Die politi-

schen Arbeiter Wilhelm Krajewski und Martin Babuhn zu Gommern hatten am 10. Januar d. J. nach Feierabend gezecht und kamen angetrunken zu Hause. Dort fingen sie mit einem andern Arbeiter Streit an, und während Krajewski ihn festhielt, schlug Babuhn ihn mit einem Gummischlauch. Der Arbeiter Johann Reginski eilte mit einem heute nicht erschienenen Angeklagten zur Hilfeleistung herbei und schlug dann mit dem Schlauch auf Krajewski los, später mit einem Hammer auf Babuhn. Nach einer Weile wurde Krajewski aus dem Bette geholt und auf dem Hofe von verschiedenen Personen durchgeprügelt. An dieser Schlägerei beteiligten sich die Arbeiter Ignaz Wrzesinski und Bartholomäus Kazmierzak. Der Arbeiter Alexander Napiontek schlug in Gemeinschaft mit einer andern Person auf Babuhn und am 2. Februar dieses Jahres ebenfalls auf einen Mitarbeiter los. Der Gerichtshof verurteilte Reginski und Napiontek zu je 4 Monaten, Wrzesinski und Kazmierzak zu je 6 Wochen Gefängnis. Krajewski und Babuhn wurden freigesprochen, weil eine Verzichtung des Verletzten nicht vorlag und eine nähere Feststellung nicht getroffen werden konnte. — Der Arbeitsburke Karl Stegemann und der Arbeiter Friedrich Kohde, aus Groß-Salze, verabredeten, gemeinschaftlich abzureisen, um sich Arbeit zu suchen. Um Reisegeld zu erhalten, verjuchte Kohde angeblich am 20. August d. J. zu Schneehed den verschlossenen Koffer seines Bruders mit einem falschen Schlüssel zu öffnen, den ihm Stegemann geliefert hatte, es gelang ihm aber nicht. Am folgenden Tage fand Stegemann sich selbst ein, öffnete den Koffer und entnahm daraus 72,90 Mark, die sie teilten. Dann fuhren sie nach Berlin und verprahten das Geld. Stegemann, der schon dreimal vorbestraft ist, erhielt wegen schweren Diebstahls ein Jahr 6 Monate, Kohde, der noch unbestraft ist, 9 Monate Gefängnis.

Der Rettungsboot nach Hamburg.

Der Arbeiter Carl Schmidt, der Arbeiter Gustav von Domaros, der Maurer Theodor Beyser und der Blechschwied Robert Schlangstedt, sämtlich von hier und vorbestraft, verabredeten, gemeinschaftlich nach Hamburg zu reisen und sich dort Arbeit zu suchen. Da ihnen die Reismittel fehlten, lösten sie am 22. August d. J. abends auf der Elbe von dem Rahne eines Schiffzeigners ein Rettungsboot los, legten darin 3 Schaufeln und einen Staken, nahmen Proviant mit und segelten los. Am folgenden Nachmittag wurden sie zu Sandau von der Strompolizei angehalten und festgenommen. Die Angeklagten waren geständig, behaupten aber, sie hätten den Rahm nicht stehlen, sondern nur bis nach Hamburg benutzen wollen. Dieser Einwand fand keinen Glauben. Das Landgericht Magdeburg verurteilte die Angeklagten zu je 4 Monaten Gefängnis.

§ Berlin. (Falsche Zweimarkstücke angefertigt.) Wegen Münzverbrechens wurden vom hiesigen Landgericht I der Schuhmacher Hermann Heine und die verheiratete Arbeiterin Auguste Heldner zu zwei Jahren bezw. drei Monaten Gefängnis, letztere unter Anrechnung auf die Untersuchungshaft, verurteilt. Sie hatten falsche Zweimarkstücke angefertigt und in Umlauf gebracht.

§ Frankfurt a. M. (Nichtanmeldung von Arbeitern zur Ortskrankenkasse.) Der Buchdruckereibesitzer Franz Wilh. Sarrazin, 35 Jahre alt, unbestraft, wird wegen Uebertretung der Vorschriften über die Ortskrankenkasse aus den Paragraphen 49 und 81 zu 24 Mark Geldstrafe verurteilt.

Lages-Chronik.

Wir bitten unsere werthen Leser, uns von allen wissenswerten Vorfällen baldmöglichst Mitteilung zu machen.

Magdeburg, 10. Oktober 1895

— Hofprediger Stöcker, der Schöpfer der hiesigen Konservativen. Der konservative Verein faßte in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Resolution: „Der konservative Verein zu Magdeburg betont aus Anlaß des Falles Hammerstein und des i. g. Falles Stöcker sein festes und treues Zusammenstehen auf dem Boden des Parteiprogramms und verwahrt die Partei energisch gegen alle unbesugten Einmischungen anderer in ihre inneren Angelegenheiten. Wir stellen fest, daß aus den groben Verhößen des Herrn v. Hammerstein gegen Gerechtigkeit, Güte und Religion weber der Partei noch deren Vorstand ein Vorwurf zu machen ist und erklären, daß der Brief Stöckers angesichts der damaligen Lage der offiziellen Presse gegen das positive Christentum sachlich nicht zu tabeln ist.“ — Vielleicht mischen sich nunmehr die Konservativen nicht in die „inneren Angelegenheiten anderer“ und lassen die Sozialdemokraten ungehört; vielleicht macht die konservative Presse und Partei der Sozialdemokratie nie wieder Vorwürfe, wenn irgend ein Arbeiter sich zu Handlungen hinstrengen läßt, die der Hammersteinvereinen nur ähnlich sehen. Wir wollen abwarten, ob die Konservativen die Konsequenz aus ihrem Beschuß ziehen, der die konservative Partei herzlich flüßigt.

— Der zur Zeit in Dr. Hirschfelds Sanatorium haltende Verhörentenkas für Gesundheitspflege und Naturschutzverfahren ist unter den sieben bisherigen Lehrstühlen der berühmteste. Selbst aus den entferntesten Provinzen wie Böhmen und Schlesien sind Herren zur Teilnahme an demselben eingetroffen. Der Gedanke, die Lehrer, in deren Händen die Jugend und damit die Zukunft des Volkes ruht, mit den Gesundheitsbedingungen und Krankheitsursachen vertraut zu machen, ist als ein recht glücklicher zu bezeichnen und die dauernde Teilnahme beweist, daß das in Deutschland bisher vereinzelt bestehende Unternehmen im Lehrstande sich lebhafter Sympathie erfreut. Die öffentlichen Vorträge beginnen mit Ausnahmeh Donnerstag jeden Abend um 8 Uhr.

— Das Feuer, das Dienstagabend zwei Strohhäusern des Delonomen Gewerks in der Neuhäuser Feldmark zerstörte, ist, wie der Magdeburger Zeitung berichtet wird, durch die Unvorsichtigkeit eines zehnjährigen Landwirtsburschen entstanden. Der Landwirtsbursche Nieme und sein Reislodger hatten sich in dem einen Dienen ein Nachtquartier zurechtgemacht. Nieme wollte vor dem Schlafengehen noch ein Pfeifen rauchen und zündete sich seinen Knaster mit einem Streichholz an, das er nachlässig fortwarf. Das brennende Streichholz entzündete das trodene Stroh und sofort stand der ganze Dienen in Flammen. Die beiden Landwirtsburschen machten sich eilig davon und gingen nach der Herberge zur Feinmat in der Bahnhofsstraße, wo Nieme sofort Mitteilung von dem durch ihn angerichteten Unglück machte, was seine Verhaftung zur Folge hatte. Der Besitzer der Dienen soll den ganzen Schaden zu tragen haben, da angeblich die Versicherung am Tage vorher abgelaufen sein soll.

— In der städtischen Krankenanstalt fand die unerecheltliche Ziehröhre S. Anstalt, die sich bei ihrer Verhaftung beim Schwärzen der kupfernen Töpfe mit Schwefelsäure die Finger der rechten Hand verbrannt hatte.

die Stromebe vom 25. bis 28. d. Mis. für den Fußgängerverkehr gesperrt.

Die feindlichen Brüder.

(Eine erbauliche Geschichte aus dem Lager der Outgesintten)

Mit sozialdemokratischen Forderungen in abgeschwächter Form geht die Antisemitenpartei im Königreich Sachsen treiben. Sie hat in ihren Programmforderungen unter anderem aufgenommen: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer, gesetzlich „nach Möglichkeit“ geschützter Abstimmung. Diese Forderung wird von dem Organ der Konservativen Sachsens bekämpft. So behauptet das Vaterland: „... Durch die Aenderung des bestehenden Wahlrechts (Censuswahl) werde die politische Macht von den besitzenden Klassen, wozu wir alle diejenigen rechnen, deren Steuerbetrag den Zensus von 3 Mark erreicht, in die Hände der besitzlosen Massen gelegt, und es komme infolge dieser Verschiebung eine gleich zweifelhafte Sippe in den Landtag, wie solche im Reichstage schon ihr Unwesen treibe.“ Man bedenke die 600—700 Mark! Wie werden die hungernden Strumpfwirker des Erzgebirges, die durch die Arbeit der ganzen Familie es aus jährlich 600 Mark Einkommen bringen und deshalb mit wählen können, weil die Steuerzettel der ganzen Familie zusammen den Census von 3 Mark erreichen, wie werden sie erstaut die Augen aufreißen und wie wird ihnen stolz die Brust schwellen: denn sie sind Angehörige der besitzenden Klasse, sie sind Kapitalisten! Aber das Vaterland ereifert sich über die Forderungen der Antisemiten unnötig. Herr Liebermann v. Sonnenberg, der antisemitische Führer, der den Erzlumpen Hammerstein um die „Großartigkeit“ seiner Verbrechen bewundert, sucht den sächsischen Konservativen klar zu machen, daß die antisemitischen Forderungen von jedem Konservativen unterschrieben werden können. Er sagt von obiger Forderung, denen er noch hinzufügt die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Beihilfen für die Volksschulen (inzwischen fallen gelassen) und die Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit für alle Staatsbürger — von diesen Forderungen sagt Liebermann v. Sonnenberg: „Bei näherer Prüfung ergiebt es sich, daß dies entweder Forderungen sind, die wir mit den andern staatsverhaltenden Parteien gemeinsam haben, oder daß es Dinge höchst nebensächlicher Art sind.“ — Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Pressefreiheit — Dinge nebensächlicher Art! Merkt's Euch, Handwerker, Beamte und Arbeiter! Euer höchstes Recht, das Wahlrecht, ist den Antisemiten ein Ding höchst nebensächlicher Art! Eure Presse- und Versammlungsfreiheit ist den Antisemiten ein Ding nebensächlicher Art! Um Euch, Arbeiter, Sand in die Augen zu streuen, hat man einige sozialdemokratische Forderungen verwässert in das Programm aufgenommen, den Konservativen gegenüber bekennst man Farbe; man erklärt: das ist Heuchelei, die Forderungen sind uns ganz nebensächlich. Wir sind sicher, die Wähler werden diese Antisemitenmoral mit der vorstehend geschilderten konservativen Moral, welche den hungernden Strumpfwirker mit seinem Hungerverdienst zum Kapitalisten stempelt, gebührend würdigen und bei Wahlen den irrezuführenden Massen vor Augen halten.

Vermishtes.

Harte Strafe. Von der Strafkammer in Torgau wurde am 7. Oktober der Raubmörder Fabrikarbeiter Heinrich Thiele aus Warnsdorf in Böhmen zu 15 Jahren Gefängnis wegen Mordes und Unterschlagung verurteilt.

Sittlichkeitsverbrechen. Ein Bahnwärter in Gotha wurde gestern früh wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem zehnjährigen Kinde, verhaftet.

Fünf Finger eingebüßt hat in vergangener Woche bei einem Sägewerk in Dessau ein mit der Kreisfäge betrauter Arbeiter. Er kam mit der einen Hand den Zähnen zu nahe und erlitt so diese schreckliche Verletzung. Der Verletzte wurde ins Kreiskrankenhaus überführt.

Den nackten Jungen bedeckt. Der Münchener Polizeidirektor verlangte, daß eine einen achtjährigen nackten Knaben darstellende Brunnenfigur eines neu aufgestellten öffentlichen Brunnens entsprechend bedeckt werde.

Beihilfen an Veteranen.

Der Veteran führt die Zahlen der Empfänger von Beihilfen aus dem Unteroffizier- und Mannschafstand des Heeres und der Marine, die sich wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, und welche an den Feldzügen von 1870/71 oder an den von den deutschen Soldaten vor 1870 ehrenvollen Anteil genommen haben, auf. Danach fallen vornehmlich demnächstiger Ermächtigung: auf Preußen für 9544 Empfänger der Beihilfen von 120 Mark jährlich 1142 280 Mark, Lauenburg für 19 Empfänger 2290 Mark, Bayern für 1599 Empfänger 190680 Mark, Sachsen für 935 Empfänger 112200 Mark, Württemberg für 475 Empfänger 57000 Mark, Baden für 412 Empfänger 49440 Mark usw., zusammen für 15000 Empfänger 1800000 Mark. Das ist herzlich wenig, ein wahrer Bettel gegenüber den Riesensummen, welche alljährlich in dem unerfülllichen Rachen des Militarismus verschwinden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Der Verein Deutscher Schuhmacher (Zustelle Neustadt) tagte Sonnabend abend in Heßers Restaurant. Die Versammlung war mittelmäßig besucht. Richard Nisch sprach über Entwicklung von Geld, Ware und Kapital. Der Vortrag war gut durchdacht und äußerst lehrreich. Redner verhandelte es, mit dieser Entwicklung die Stellung der Arbeiter und Unternehmer zu verbinden. Auf den Zusammenschluß der Unternehmer eingehend, forderte Nisch zum festen Zusammenschluß der Arbeiter auf. Reicher Beifall löste den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Leider gingen die Redner in der Diskussion auf den Vortrags nicht ein, sondern verwengten Vereinsangelegenheiten und verglichen mit demselben. Ein Uebel, das nicht oft genug gerügt werden kann. Gibt doch der Punkt Zeitlichens jedem Gelegenheit, irgend

welche Wünsche zu äußern. Vorträge werden gehalten, damit die Zuhörer zum Nachdenken angeregt werden. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Kollege Kattlinger gewählt; auch wurde auf die nächste Versammlung aufmerksam gemacht, welche am 19. d. Mts. stattfindet, und in der Albert Schmidt über „Die Ziele der Unternehmer“ referiert.

Metallarbeiter-Verband (Zentrale Neustadt). Am Sonnabend den 5. d. Mts. fand im kleinen Saal des „Weißen Hirsches“ die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zentrale Neustadt statt, in welcher Albert Schmidt über „Unternehmer- und Arbeiter-Interessen“ referierte. Selber war die Versammlung nicht gut besucht, was um so mehr zu bedauern ist, da dieser Vortrag im höchsten Grade geeignet war, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken. Redner kennzeichnete in drastischer Weise die Haltung der Unternehmer der Arbeiter gegenüber sowie die Ausbeutung der Frauen und Kinder durch das Kapital. Um ihre Interessen besser zur Geltung zu bringen, haben mehrere Subskriptionen einen Antrag an sämtliche Unternehmer erlassen, um einen Bund der Subskriptoren zu gründen. Gen. Schmidt geht hierauf näher ein und meint: Dem gegenüber ist es Pflicht aller Arbeiter, sich zu organisieren, um einen wirksamen Gegenbruch ausüben zu können, und ihre gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen, denn Organisation ist Macht.

Versammlung der Maurer und Bauarbeiter. Nach einem interessanten Vortrag des Regierungsbaumeisters Kessler über die soziale Lage der Bauhandwerker, den Bauzinswandel und die Mißstände auf Baustellen, beschloß die von ca. 300 Personen besuchte Versammlung, den Meistern ihre Lohnforderung an unterbreiten, die kommenden Frühjahr in Geltung treten soll. Das Agitationskomitee sicherte den Bauarbeitern ihre materielle und moralische Unterstützung zu, gab aber bekannt, daß infolge der heutigen Versammlung, in der zu einem großen Teil das am Montag zu behandelnde Thema erörtert worden, von der geplanten Versammlung Abstand zu nehmen. Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf der Versammlung folgt.

Verein Deutscher Schuhmacher (Zentrale Magdeburg). Am 12. Oktober in Friedrichsplatz stattfand. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Montag den 14. Oktober, abends 8 Uhr im Bürgerhaus, Stephanstraße 38, statt.

Gärtner, welche geneigt sind, eine Organisation hierorts in das Leben zu rufen, wollen ihre Adressen dem Genossen Bartels, Centralherberge, Kl. Klosterstraße, übermitteln.

Burg. Die Versammlung der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse der Handwerker und verwandten Berufsgruppen Deutschlands (W. S.) findet Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Seiff, Holzstraße 2, statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Groß-Ottersleben. Am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, gemüthliches Beisammeln der selbstbewußten Arbeiter mit ihren Familien im gemütlichsten Lokale. Für Unterhaltung ist gesorgt. S. R.

Diesdorf. Am Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet die ordentliche Mitglieder-Versammlung des Arbeitervereins für Diesdorf und Umgegend im Vereinslokal beim Genossen Haller statt. Um das Verfallene vom vorigen Monat nachzuholen, werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Freitag, den 11. Oktober:

Männer-Gesangsverein „Horizont“ Lemsdorf. Jeden Freitag abends 9 Uhr Übungsstunde bei Herrn Gastwirt Schöne.

Turn-Verein „Germania“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunden in „Straß Garten“.

Männer-Turnverein „Victoria“ Bennstedt. Jeden Dienstag am Freitag Turnstunden bei Gastwirt Hoppe.

Sonnabend, den 12. Oktober:

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerbl. Arbeiter (Zentrale Magdeburg). Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der Turnhalle, Tischlerstraße 28.

Verein der Tischler und Berufsangehörigen. Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der Centralherberge, Kl. Klosterstraße 15/16.

Verband der Seiler, Klempner und Hänger Deutschlands (Lokalverband Magdeburg). Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Müller, Tischlerstraße 22.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zentrale Wilhelmstadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr in „Straß Garten“.

Agitationskomitee der Arbeiter u. Arbeiterinnen Magdeburgs.

Das Agitationskomitee beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Vorgehen einzelner Bauarbeiter, welche die Beschlüsse des Agitationskomitees außer Acht lassend, eine Versammlung der Bauarbeiter einberufen und danach der Agitation des Agitationskomitees Schwierigkeiten bereitet haben. Das Agitationskomitee beauftragte Albert Schmidt, den Standpunkt und die Beschlüsse der Kommission in der am Mittwoch abend im Luisenpark stattfindenden Versammlung der Bauarbeiter zu präzisieren. (Siehe den Bericht.) Weiter wurde mitgeteilt, daß die Versammlung aller in der Besetzungsinindustrie beschäftigten Personen am Montag, den 21. d. Mts. im Luisenpark tagt. Referent ist Genosse Timm-Berlin. Eine Versammlung der Holzarbeiter, in der Genosse Klotz-Stuttgart referieren soll, ist gleichfalls geplant. Zeit und Ort wird später bekannt gegeben. In allen falls Versammlungen wird das Agitationskomitee durch Aufrufe in der Volksstimme hinweisen. Einstimmig wurde beschlossen, daß sämtliche Referenten für ihre Vorträge 2 Mark zu fordern haben; hiervon sind zu bedenken die persönlichen Auslagen der Referenten, der Rest fließt der Kasse des Agitationskomitees zu, welches über die abgeführten Beträge öffentlich nach Monatschluß zu quittieren hat. Das Agitationskomitee hofft, daß die Arbeiter diesen Beschluß freudig anerkennen werden, da die Tätigkeit der Kommission mit großen Opfern verknüpft ist und eine pekuniäre Unterstützung bis heute (mit Ausnahme der Tischler) nicht erfolgt ist. Ferner wurden Eingaben an die Polizeiverwaltung in betreff Uebertretung der Sonntagsgesetze beschlossen. Da für diese Eingaben der Vorsitzende des Agitationskomitees haften, die Namen der Genossen für ihre Beiträge der Kommission bleiben sollen, sprach das Komitee die Erwartung aus, daß sämtliche dem Agitationskomitee zugehenden Mitteilungen auf Grund eigener Wahrnehmungen erfolgen. Personen, welche dem Agitationskomitee unwahre Mitteilungen zugehen lassen und hierdurch das Ansehen der Kommission schädigen, sollen namhaft gemacht werden. In Bezug auf die Mißstände auf Baustellen erfolgt eine Eingabe an die Magdeburger Bergwerksberufsgenossenschaft und an die hiesige Kammerpolizei. Schließlich sprach das Agitationskomitee den Wunsch aus, daß Genossen, welche Vorträge halten können, ihre Adressen dem Vorsitzenden des Agitationskomitees, Genossen H. Fabian, Kl. Ringstraße 3, Hof II, unterbreiten.

Personen, welche zur Ermittlung von Uebertretungen reichsgesetzlicher Bestimmungen beauftragt sind, wollen ihre an das Agitationskomitee zu richtenden Eingaben genau festlegen: Ort, der Uebertretung, genaue Adresse des Unternehmers etc., Zahl der Arbeiter und sonstige persönliche Wahrnehmungen. Aus zweiter und dritter Hand nimmt das Agitationskomitee keinerlei Mitteilungen entgegen. Auch sind die Adressen des Einsenders, sowie die Adressen der Zeugen genau anzugeben. Für die Richtigkeit aller Mitteilungen haften die Einsender.

Benefice Nachrichten.

Berlin. Einem Ausweisungsbefehl hat der aus Oesterreich stammende Gutmacher Franz Bösenböck erhalten. B. kam im Juli d. J. von Wien hierher und erhielt auch bald Arbeit. Zur Regelung seiner Verhältnisse und in Anbetracht seines trübseligen Zustandes wurde dem Ausgewiesenen eine Frist von 14 Tagen zugethan. Bösenböck war früher Leiter der Produktiv-Genossenschaft der Gutmacher in Wien.

Breslau. Mittwoch nachmittags setzte der Parteitag seine Verhandlungen aus. In zwanglosen Gruppen wurden die Gräber der verstorbenen Genossen besucht.

Hannover. Gestern nachmittags gegen 5 Uhr fand in den Druckereiräumen des Volkswille eine Haus-suchung und Beschlagnahme statt. Es handelte sich um die Nummer 235, welche eine Majestätsbeleidigung enthalten soll.

Stettin. Der Arbeiter Knopp wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Hannover. Genosse Thielborn, Redakteur des Volkswille, Hannover, hat sich der Staats-anwaltschaft stellen müssen.

Wegen Fluchtverdachts verhaftet.

Ueber sensationelle Verhaftungen wegen Fluchtverdachts berichtet die Thüringer Tribüne aus Arnstadt: Am Montag nachmittags wurden hier 7 Genossen, die sich an der am 29. September stattgefundenen Flugblattverteilung beteiligt haben sollen, bei ihrer Vorbereitungs wegen angeblichen Fluchtverdachts verhaftet. Mehr wie sonderbar erscheint diese Maßregel, wenn man bedenkt, daß alle 7 Genossen verheiratet sind. Dem Vernehmen nach ist gegen die Verhafteten eine Klage wegen Vergehens gegen § 131 (Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen) eingeleitet. Die nötigen Schritte zur Freilassung der Inhaftierten sind gethan worden. — Diese Massenverhaftungen wegen Fluchtverdachts erscheinen uns allerdings auch mehr wie sonderbar. Glaubt die Staats-anwaltschaft in Arnstadt wirklich, daß die sieben Genossen wegen eines noch gar nicht bewiesenen Vergehens aus-kneifen und Frauen und Kinder im Stiche lassen werden?

Briefkasten.

(Sprechstunde der Redaktion 11—1 Uhr.)

H. B., Gärtner. Wenden Sie sich an Herrn Bartels, Centralherberge, Kleine Klosterstraße.

Eingegangen: Versammlungsbericht aus Gardelegen. — Aufruf an die Gold- und Silberarbeiter.

Stadt-Theater. Sonnabend geht Schillers bürgerliches Trauerspiel „Kabale und Liebe“ in Scene. Sonntag gelangt Vorhings gemischte Zauberoper „Aubine“ mit Fräul. Götzlich in der Titelpartie und Herrn Bachtel als Ritter v. Ringelstein, Fräul. Schuchardt als Bertha und Herrn Piechler als Kahlborn zur Aufführung.

Wasserstände.

	Elbe.	Fall	Wind
Aufig	8. Okt. — 0,26	9. Okt. — 0,16	0,10
Dresden	— 1,49	— 1,42	0,07
Torgau	— 0,10	— 0,15	0,05
Wittenberg	— 0,47	— 0,74	—
Köthen	— 0,26	— 0,29	0,03
Worbis	— 0,36	— 0,36	—
Magdeburg	9. Okt. + 0,63	10. Okt. + 0,66	0,03
Langerwände	8. Okt. + 0,80	9. Okt. + 0,81	0,01
Wittenberge	— 0,57	— 0,56	0,01
Dömitz, Pegel	— 0,03	— 0,03	—
Bauenburg	— 0,20	— 0,20	—

Beschwerden über die Volksstimme sind an den Genossen H. G a r b a u m, Expedition der Volksstimme, Magdeburg, Schmiechhofstraße 5/6 zu adressieren.

Buckau. 1697

K. Schlessinger

Kaufhaus eleganter Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Schul-Anzüge aus besonders haltbaren Stoffen 5—12 Mark. | Knaben-Paletots mit abknöpfbaren Fragen 3—10 Mark.

Für nährende Mütter, Kinder u. Rekonvaleszenten

empfehle ich mein aus reinem Hopfen und Malz hergestelltes

Malz- und Weizenlagerbier.

Das gesündeste und bekömmlichste Lagerbier ist unbedingt mein vorzügliches Weiz- und Doppelbier.

Wird in Flaschen und kleinen Gebirben von 4 Liter an und franco versandt.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend frisches Braunbier.

1519. **Früher H. Nolte, Brauerei** 1519.

Jah. W. Schramm, Berlinerstraße 3.

Brauerei-Ausschank.

Homöopathie!

Visser, homöopath. Prakt.

Magdeburg, Jakobstraße 3

(früher lange Jahre bei dem berühmten homöop. Arzt Dr. Volbeding, Düsseldorf).

Heilung **sämtlicher** Krankheiten.

Sämtl. Schulbedarfs-Artikel liefert **P. Becker, Buchbinder,** Rottensdorfstraße 1a. 1633

Empfehle meine Theater-Garderobe dringend zur fleißigen Benutzung. 1635

C. Franke, Kurfürstenstraße 54.

Buckau. Achtung! Buckau.

Möbel jeder Art, sowie ganz Zimmer-Einrichtungen

zu billigen Preisen und promptester Bedienung stets auf Lager **Edmund Kühne, Tischlermstr.,** Schönebeckstr. 47

Neu renovierte Wohnhaus für 42 Thlr. an ruhige Mieter 3 verm. Hundsbürgerstr. 8

Uhren!

Große Auswahl in goldenen und silbernen Herren- und Damen Remontoir-Uhren, sowie Regulatoren und Bedern spottbillig.

B. Wolff, Katharinenstr. 4.

Sparsame Hausfrauen färben abgebleichte Stoffe, Wollgarne, Bänder etc. selbst im Haushalt mit **giftfreien Stofffarben.**

Die verschiedensten Marken in Paleten 10 und 25 J sind zu haben in der Dreieckshandlung von **Wolff**

C. Röhrle (J. Böhrle's Nachf.)

Hohepfortstraße 51. 50

Möbel! Möbel!

1155 gegen Kaufführer wie jede Kaufmannschaft.

L. Hellge, Tischlermeister

Buckau, Gärtnerstr. 11.

Buckau 1589

L. Francke, Goldarbeiter

Schönebeckstraße 116

neben der Kirche.

Die größte Auswahl in **Sofas und Plüschgarituren** haben Sie ganz billig bei **A. Mook's Möbel-Fabrik** Berlinerstraße 56.

Wo kauft man billig und von bester Güte Die feinsten Herren- und Knaben-Hüte

1633

Bei Ad. Brandes,

Hutfabrikant aus Hannover, Magdeburg, Breitenweg 24, Ecke Berlinerstr.

Wohlt in weit allen großen Städten Deutschlands.

Stadt-Theater.

Freitag, den 11. Oktober 1895.

Der Freischütz.

Romantische Oper in 4 Akten. Musik von E. M. v. Weber.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen.

Freitag: Güte Vorkost mit Kammelmilch

Sonnabend: Güte Kartoffelsuppe mit Käsebraten.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims

Prinzipalstr. 82.

Freitag: Brühe, Brot, Brühe mit Rindfleisch.